

Abkürzungsverzeichnis	11
Teil 1: Problemaufriss	15
A. Einleitende Beispielfälle	16
I. Beispielfall 1	16
II. Beispielfall 2	18
B. Aus den Beispielfällen abzuleitende Gesichtspunkte	19
I. Grundsätzliche Notwendigkeit des Lockspitzeinsatzes	20
II. Konstellationen des Lockspitzeinsatzes	22
1. Private generell zulässige Tatprovokation	23
2. Staatliche generell unzulässige Tatprovokation?	26
C. Weiterer Gang der Untersuchung	30
Teil 2: Konkretisierung des Gegenstands der Untersuchung	32
A. Klärung der Terminologie	32
B. Rechtlicher Rahmen der EMRK	34
I. Anwendungsbereich: „strafrechtliche Anklage“	34
II. Schutzgehalt	35
C. Einordnung des Lockspitzeinsatzes	36
I. (Rechts-)Natur des Lockspitzeinsatzes: Konkretisierung seines Zwecks und Bezug zum Ermittlungsverfahren	37
II. Verwendung der (Test-)Ergebnisse im Prozess	40
D. Regelungsbedarf und -zusammenhang im deutschen Recht	42
I. Fehlende spezialgesetzliche Regelung	42
II. Klärung der Regelungsbedürftigkeit	44
III. Verortung der Regelung	48

Teil 3: Voraussetzungen der zulässigen staatlichen Tatprovokation	52
A. Anforderungen an die staatliche Tatprovokation nach der Rechtsprechung des EGMR	52
I. Beweislast und Verfahren der Genehmigung, Durchführung und Überwachung	53
II. Abgrenzung nach dem Zeitpunkt des Einschreitens	55
1. Im Hinblick auf verdeckt ermittelnde Polizeibeamte	55
2. Im Hinblick auf die Zurechenbarkeit des Handelns privater Initiatoren	57
3. Grenzfälle	60
III. Anstiftung zu einer Straftat, die sonst nicht begangen worden wäre	63
IV. Zusammenfassung	71
B. Begrenzung der staatlichen Tatprovokation in nationalen Rechtsordnungen im Vergleich zu den Anforderungen des EGMR	72
I. Deutsches Recht	73
1. Rechtlicher Rahmen und Akteure verdeckter Ermittlungen	73
2. Vom BGH entwickelte Kriterien einer zulässigen staatlichen Tatprovokation	78
3. Ergebnis	84
II. Österreichisches Recht	87
1. Rechtlicher Rahmen und Akteure verdeckter Ermittlungen	87
2. Abgrenzung der unzulässigen Tatprovokation vom Scheingeschäft	93
3. Ergebnis	100
III. Polnisches Recht	102
1. Rechtlicher Rahmen und Akteure verdeckter Ermittlungen	102
2. Abgrenzung der unzulässigen Tatprovokation vom „kontrollierten Kauf“	105
3. Ergebnis	108
IV. Englischsches Recht	110
1. Rechtlicher Rahmen und Akteure verdeckter Ermittlungen	110

2. Abgrenzung der unzulässigen Tatprovokation vom „ordinary purchaser“	115
3. Ergebnis	120
V. Französisches Recht	122
1. Rechtlicher Rahmen und Akteure verdeckter Ermittlungen	122
2. Abgrenzung zwischen unzulässiger Tatprovokation und normierten Praktiken	128
3. Ergebnis	131
VI. Niederländisches Recht	133
1. Rechtlicher Rahmen und Akteure verdeckter Ermittlungen	133
2. Abgrenzung der unzulässigen Tatprovokation von Scheinkauf bzw. -dienstleistung	138
3. Ergebnis	141
VII. Fazit	143
C. Herausarbeitung relevanter Zulässigkeitskriterien und Systematisierung	145
I. Stand der Forschung	145
II. Eigener Ansatz	152
1. Systematische Einordnung	152
2. Verfahren zur Genehmigung, Durchführung und Kontrolle	154
a) Autorisationskompetenz	154
b) Dauer der Maßnahme und Verlängerungsmöglichkeiten	158
c) Sonstige Verfahrenssicherungen	162
3. Zulässige Akteure	165
4. Notwendiger Verdachtsgrad	168
5. Wiederholungsgefahr	174
6. Intensität der Einwirkung	176
7. Begrenzung auf bestimmte Kriminalitätsbereiche	180
8. Deliktsspezifischer Zusammenhang	184
D. Zusammenfassung und Regelungsvorschlag	186

Teil 4: Kompensation der unzulässigen staatlichen Tatprovokation	189
A. Der Ansatz des EGMR: Würdigung des innerstaatlichen Verfahrens	189
I. Grundmodell	189
II. Wiedergutmachung eines Verstoßes	195
III. Tendenzen einer differenzierenden Lösung?	198
B. Herangehensweise in nationalen Rechtsordnungen im Vergleich zu den Wertungen des EGMR	202
I. Deutsches Recht	202
II. Österreichisches Recht	209
III. Polnisches Recht	210
IV. Englisches Recht	212
V. Französisches Recht	214
VI. Niederländisches Recht	216
VII. Zusammenfassung	217
C. Lösungsansätze der Literatur	218
I. Unzulässige Tatprovokation als Strafausschließungsgrund	219
II. Unzulässige Tatprovokation als Verfahrenshindernis	220
III. Beweisverwertungsverbot bei unzulässiger Tatprovokation	223
IV. Bewertung der Lösungsmodelle	224
D. Entwicklung eines eigenen Lösungsansatzes	229
I. Grundsätzliches Beweisverwertungsverbot bei Überschreitung der Voraussetzungen einer zukünftigen Regelung	230
1. Missachtung der Autorisationskompetenzen	232
2. Fehlender Verdacht (einer Katalogtat)	234
3. Sonstige Verfahrensfehler, insbesondere Überschreitung der zulässigen Einwirkungsintensität	236
II. Ausnahme: Provokation von einem Verfolgungszwang unterliegenden Delikten	238
III. Vorschlag eines Rechtsfolgenmodells	239
Teil 5: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	242
Literaturverzeichnis	247